

Vergessene Jugend?



Menschen brauchen „Third Places“, ...

... also Orte, an denen sie sich neben ihrem Zuhause (erster Ort) und ihrer Schule, Arbeit oder Ausbildung (zweiter Ort) mit anderen treffen und Zeit verbringen können. Diese These hat der Soziologe Ray Oldenburg aufgestellt. Beispiele für solche dritten Orte sind öffentliche Bibliotheken, Parks oder Sportplätze. Dort kommen Menschen in Kontakt und es kann ein Gemeinschaftsgefühl entstehen, also die Basis für ein demokratisches Miteinander.

Viele öffentliche Räume werden jedoch für Kinder oder Erwachsene gestaltet und weniger für Jugendliche, die solche Orte für ihre Entwicklung brauchen. Wie die Jugendlichen auf dem Titelbild weichen sie deshalb oft auf eher abgelegene Plätze aus oder auf solche, die nicht für einen Aufenthalt gedacht sind – was zum Streit mit Anwohnenden führen kann, die sich durch Lärm oder zurückgelassenen Müll belästigt fühlen.

Dass die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher bei der Planung von Städten und Kommunen zu wenig Beachtung finden, ist symptomatisch für die Rolle junger Menschen in einer vom demografischen Wandel geprägten Gesellschaft. Bei den Debatten um die Reform der Rentenversicherung oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht fanden ihre Stimmen kaum Gehör. Dabei profitiert von ihrem stärkeren Einbezug in die politische Entscheidungsfindung die gesamte Gesellschaft.

Johannes Winter

Inhalt

Vorab	2
Einführung ins Thema	3 – 5
Hinweise zu den Arbeitsblättern	6 – 8
Arbeitsblätter 01 – 03	9 – 12
Weiteres zum Thema	13
Zuletzt erschienen + Bestellhinweise	14

Zum Autor/Zur Autorin

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach ist Professor für Politikwissenschaften und Sozialpolitik an der FH Münster. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen u. a. in der Erforschung städtischen Zusammenlebens und der Prävention von Radikalisierungsprozessen.

Karen Beecken ist Lehrerin für Politikwissenschaft sowie Schulleiterin der Paula-Fürst-Gemeinschaftsschule Berlin, einer Schule für individuelles Lernen in der Gemeinschaft von Klasse 1 bis 13. Zu ihren Schwerpunkten zählen das politische System Deutschlands und Medienbildung.

**DIE
THEMENBLÄTTER**
nutzbar in
3 Varianten



Kopieren: Die Arbeitsblätter sind je doppelt vorhanden: So verbleibt immer ein Exemplar zur Ansicht im Heft, während das andere herausgetrennt und kopiert werden kann – optimiert auf Schwarz-Weiß. Das ermöglicht die Vervielfältigung nach individuellem Bedarf und reduziert unnötigen Abfall.



Ausfüllen: Die PDF-Dateien sind barrierefrei und enthalten Eingabefelder. Die Lernenden können die Aufgaben mit PDF-fähigen Endgeräten lösen und die Ergebnisse digital einreichen. Das spart Druckkosten und ermöglicht Distanzunterricht.



Verändern: Die Themenblätter sind offene Bildungsmaterialien (OER) und stehen im ODT-Dateiformat zur Verfügung. So können viele Inhalte an die Bedürfnisse der Lerngruppe angepasst werden.
bbp.de/themenblaetter

Impressum

Herausgeberin:

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn; www.bpb.de

E-Mail der Redaktion: edu@bpb.de

Redaktion: Johannes Winter (verantwortlich),

Peter Schuller

Autor/Autorin: Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach,

Karen Beecken

Gestaltung: Raufeld Medien, Berlin

Titelfoto: picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild |

Fernando Gutierrez-Juarez

Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn

Papier: 100 % Recyclingpapier

Redaktionsschluss: Dezember 2025

Veröffentlichung: 1. Auflage Januar 2026

Bestell-Nr. 5729, **ISSN** 0944-8357

Lizenz: Dieses Werk steht – soweit nicht durch Copyright-Angaben anders gekennzeichnet – unter der Lizenz CC BY-SA 4.0. Den rechtsverbindlichen Lizenzvertrag finden Sie unter <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>. Sie dürfen die Inhalte bearbeiten und die bearbeitete Fassung für Ihren Unterricht nutzen.

Voraussetzungen für die Weitergabe der bearbeiteten Fassung an Dritte sind die Nennung des Werktitels mit Link, der Autoren/-innen und der bpb als Herausgeberin, ein Hinweis auf etwaige Bearbeitungen sowie die Weitergabe unter derselben Lizenz. Das Recht auf Weitergabe gilt nicht für Inhalte mit Copyright-Angabe. Die Attribution soll wie folgt lauten:



Themenblätter im Unterricht | 144, Autor/Autorin: Sebastian Kurtenbach, Karen Beecken, Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (2026), Lizenz: CC BY-SA 4.0

Hinweis: Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Vergessene Jugend? Strukturelle Probleme einer alternden Gesellschaft

von Sebastian Kurtenbach

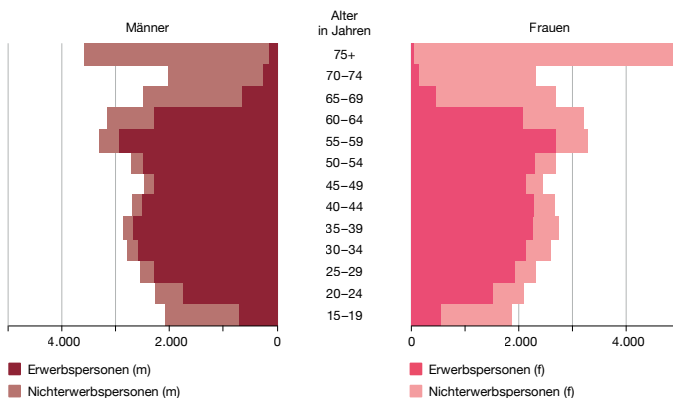
Die deutsche Gesellschaft altert so schnell wie keine zweite in Europa, zugleich ist die junge Generation fragmentiert und krisengeschüttelt. Die Interessen junger Menschen geraten häufig in den Hintergrund. Welche Ansätze gibt es, um ihre politische Repräsentation zu stärken?

Der demografische Wandel und seine Folgen

Die Geburtenraten sinken, der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst. 2024 gab es in Deutschland etwa doppelt so viele 60- wie 6-Jährige, 2035 wird es voraussichtlich doppelt so viele 70- wie 7-Jährige geben.¹

Dies hat zur Folge, dass immer weniger junge Menschen die Kosten für Renten und Pensionen erwirtschaften müssen, es lässt sich ein sozialstaatliches Ungleichgewicht konstatieren. Bereits 2020 kamen nicht einmal mehr zwei Beitragszahler/-innen auf eine/-n Rentner/-in, eine Entwicklung, die sich nach Schätzungen der Deutschen Rentenversicherung weiter verstärken wird (→ Abbildung 1). Die Steuerzuschüsse für die beitragsfinanzierte Rente sowie zur Bekämpfung von Altersarmut auf Bundesebene lagen 2025 bereits bei rund 132 Milliarden Euro und machten damit mehr als ein Viertel des gesamten Bundeshaushalts aus. Diese jährlich anfallende Summe wird ohne eine strukturelle Rentenreform weiter ansteigen. Denn in der alternden Gesellschaft steigen auch die Gesundheitsausgaben. 2010 betrugen diese (nominal) noch rund 290 Milliarden Euro, im Jahr 2023 schon rund 500 Milliarden.

Abbildung 1: Bevölkerung nach Altersgruppen und Erwerbsbeteiligung (2023)



In Tausend Personen ab 15 Jahren in Hauptwohnsitzhaushalten

Quelle: Statistisches Bundesamt 2025

Absehbar ist, dass Investitionen eher ausbleiben werden, so dass bei der Verteilung der nicht gebundenen Haushaltsmittel

weniger Geld für Familien oder Investitionen in Bildung vorhanden sind. Ein Beispiel hierfür ist das Elterngeld: Dieses blieb seit seiner Einführung 2007 auf demselben Niveau, während die Renten im gleichen Zeitraum nahezu jährlich erhöht wurden.

Jugendliche heute: superdivers, fragmentiert und krisenerfahren

Der demografische Wandel bringt also in Zukunft starke Belastungen für die junge Generation mit sich. Hinzu kommt, dass diese in sich äußerst heterogen und zersplittert ist. So ist der Alltag für Jugendliche heute durch ein vorher ungekanntes Ausmaß an migrationsbedingter sozialer Diversität geprägt, die Einwanderungsgesellschaft bildet sich auch in den Schulklassen ab. Der Sozialanthropologe Steven Vertovec hat hierfür den Begriff der Superdiversität geprägt. Diese Diversität kommt nicht nur in Kategorien wie ethnische oder kulturelle Zugehörigkeit (was zumeist unter „Herkunft“ gefasst wird), Sprache und Religionszugehörigkeit zum Tragen, sondern manifestiert sich auch in politischer Ausrichtung, Wahlverhalten, Geschlecht, Sexualität oder Kaufkraft. Für junge Menschen ist das hohe Ausmaß an Unterschiedlichkeit ein völlig normaler und in der Regel nicht problematisierter Teil des Alltags, was etwa in der grundsätzlichen Toleranz der großen Mehrheit der Jugendlichen gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen zum Ausdruck kommt. Damit unterscheidet sich die Realität von Kindern und Jugendlichen heute strukturell von den Erfahrungen, die ein Großteil heutiger Bundestagsabgeordneter in ihrer Jugend gemacht haben.²

i Die **Jugend** lässt sich als Lebensabschnitt des Individuums beschreiben, in dem bestimmte Entwicklungsaufgaben zu bewältigen sind, darunter die emotionale Abgrenzung vom Elternhaus oder die sexuelle Reife. In der Shell-Jugendstudie werden Jugendliche als Kohorte der 12-bis-25-Jährigen gefasst.

Die Superdiversität geht zudem mit einem hohen Maß an Fragmentierung einher, also einer verstärkten Ausdifferenzierung („Zergliederung“) in Kleingruppen.³ Fragmentierung bezieht sich dabei auf fünf Dimensionen sozialer Differenzierung. Kinder und Jugendliche...

- ... wachsen in Familien auf, die unterschiedlich viel Geld, Zeit und Fertigkeiten haben.
- ... leben in Nachbarschaften mit unterschiedlichem Einkommensniveau oder auch sozialen Beziehungen untereinander.

¹ Weitere demografische Daten unter bpb.de/61541 und bpb.de/553018.

² Zum demografischen Profil der Bundestagsabgeordneten (Oktober 2025): bundestag.de/resource/blob/272474/Kapitel_03_02_Durchschnittsalter-pdf.pdf

³ Aladin El-Mafaalani, Sebastian Kurtenbach, Klaus Peter Strohmeier: Kinder – Minderheit ohne Schutz. Köln 2025, hier vor allem Kapitel 4.

- ... besuchen unterschiedlich ausgestattete Schulen/Kitas.
- ... haben unterschiedlich ausgeprägten Zugang zu Spiel- und Bewegungsflächen sowie Freizeiteinrichtungen.
- ... haben ein sehr unterschiedlich ausgeprägtes soziales Umfeld von förderlichen Kontakten.

Kinder und Jugendliche wachsen dementsprechend in so unterschiedlichen Alltagswelten auf, dass es „die“ Kindheit oder Jugend heute nicht mehr gibt. Die ohnehin zahlenmäßig kleine Gruppe zerfällt damit in unzählige Kleingruppen, was eine schlagkräftige politische Interessenvertretung wie auch eine systematische Förderung durch den Staat zusätzlich erschwert. Bemerkenswert ist hierbei auch eine Binnen-differenzierung der Jugendlichen mit Blick auf Geschlecht und Wohnort. So zeigte die Shell-Jugendstudie 2024 messbare Unterschiede in den politischen Einstellungen zwischen den Geschlechtern: Mädchen positionieren sich insgesamt eher links als Jungen. Zum anderen gibt es Unterschiede zwischen Jugendlichen in Ost und West, zum Beispiel mit Blick auf die Demokratiezufriedenheit, die bei den Jugendlichen im Osten deutlich schwächer ausgeprägt ist.⁴

Darüber hinaus ist der Krisenzustand für Kinder und Jugendliche heute der Normalzustand. Das lässt sich gut an den jungen Erwachsenen des Jahrgangs 2007 verdeutlichen. Als sie in der Grundschule waren, erlebten sie ab 2015 die verstärkte Fluchtmigration aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien oder aus dem Irak, ohne dass die Schulen darauf eingestellt waren. Die Folge war eine Überforderung und Orientierungslosigkeit im Schulsystem, vor allem hinsichtlich der fehlenden Deutschkenntnisse der neuen Schüler/-innen.⁵ Als die 2007er dann in der Mittelstufe waren, brach 2020 die Corona-Pandemie aus: mit weitreichenden und anhaltenden Einschränkungen gerade für Kinder- und Jugendliche, obwohl sie keine Risikogruppen waren. Als der Jahrgang 2007 die Mittelstufe erreichte, griff Russland 2022 die Ukraine an, was erneut zu Fluchtzuwanderung in ihre Schulen führte und mit Orientierungslosigkeit und Überforderung verbunden war. Als sie dann 2025 auf die Volljährigkeit zugehen, wurde ein Gesetz verabschiedet, welches die Option auf Wiedereinführung der Wehrpflicht beinhaltet. Krisen sind auch Treiber für die Zunahme psychischer Erkrankungen bei Jugendlichen, die u. a. auch auf die Erfahrungen während der Corona-Pandemie zurückzuführen ist.⁶

Junge Menschen erleben darüber hinaus, dass ihre Alltagsorte wie Schulen strukturell überlastet und schlecht ausgestattet sind⁷ und die Hinweise darauf in der Öffentlichkeit kaum Gehör finden. Mangelnde Investitionen in Bildung wirken dabei lange nach: Denn die Kinder, die jetzt in Kitas und Schulen sind, erleben in großer Anzahl noch das 22. Jahrhundert.

Die politische Repräsentation von Jugendlichen in Deutschland

Daneben hat sich mit Blick auf die politische Repräsentation ein weiteres Ungleichgewicht zwischen den Generationen entwickelt. Zur Bundestagswahl 2025 waren laut Angaben

der Bundeswahlleiterin 57,5 Prozent aller Wahlberechtigten 50 Jahre oder älter, nur 28,6 Prozent waren unter 40 und nur 14,5 Prozent unter 30. Der Anteil der älteren Generation unter den Wahlberechtigten wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren wiederum können bei Bundestagswahlen überhaupt nicht abstimmen. Selbst die heutige Elterngeneration ist eine verhältnismäßig kleine Gruppe, die ihre Interessen (und die ihrer Kinder) bei Wahlen nicht so wirksam vertreten kann wie noch die Baby-Boomer, als sie Kinder im schulpflichtigen Alter hatten. Die Anzahl der wahlberechtigten Eltern liegt zwischen neun und elf Millionen. Demgegenüber gab es 2024 laut Deutscher Rentenversicherung rund 21 Millionen Rentner/-innen, von denen die weit überwiegende Anzahl wahlberechtigt ist.

Die Interessen und Belange von Jugendlichen haben somit nur geringe Chancen, gesellschaftlich gehört zu werden und politisches Gewicht zu entwickeln. Das zeigte sich zuletzt bei der Debatte um die Einführung eines Pflichtdienstes (→ Themenblätter Nr. 141): Obwohl junge Menschen von den Gesetzesänderungen zum „Neuen Wehrdienst“ direkt betroffen sein werden, fand der vor allem von ihren Interessenvertretungen vorgebrachte Vorschlag für eine generationenübergreifende Dienstpflicht kaum Gehör. Auch in der Corona-Pandemie waren Jugendliche z. B. durch Schulschließungen besonders stark von politischen Maßnahmen betroffen, wurden aber kaum in die Entscheidungsfindung einbezogen.

i Häufig ist von „Baby-Boomern“, „Generation Golf“ oder „Gen Z“ die Rede. Der Begriff der **Generation ist in der Soziologie jedoch umstritten. In Anschluss an Karl Mannheim werden üblicherweise drei Dimensionen voneinander unterschieden: Generationen als (1) Alterskohorten (z. B. „Gen Z“, die Jahrgänge 1996–2012), (2) Gemeinschaften mit gemeinsamen (historischen) Erfahrungen (z. B. die „68er“) und (3) Lebensabschnitte (Kindheit, Jugend, Alter).**

Dieses Ungleichgewicht allein rechtfertigt zwar noch nicht automatisch einen Anspruch der jüngeren Generation auf stärkere politische Einbindung, schließlich ließe sich argumentieren, dass die Unter-18-Jährigen nur temporär, aber nicht dauerhaft von der Partizipation durch Wahlen ausgeschlossen sind. Es lassen sich jedoch weitere Argumente für eine stärkere Einbindung vorbringen, wenn man sich normativen Vorstellungen von Demokratie zuwendet. Zum einen lässt sich argumentieren, dass der Ausschluss aller Minderjährigen von

⁴ Shell Deutschland: Jugendstudie 2024 (Zusammenfassung). shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html, S. 16, 17.

⁵ Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hg.): Bildungsmonitor 2016. Köln 2016.

⁶ Franziska Reiß et al.: „Subjektive Gesundheit und psychosomatische Beschwerden von Kindern und Jugendlichen in Deutschland: Ergebnisse der HBSC-Studie 2009/10 – 2022.“ In: Journal of Health Monitoring 2024 9(1). doi.org/10.25646/11867

⁷ KfW Research (Hg.): Kosten steigen schneller als die Investitionen – Bedarfe für Schulen weiter hoch. Fokus Weltwirtschaft 401 (2022). [kfw.de/Newsroom/Aktuelles/News-Details_725824.html](https://www.kfw.de/Newsroom/Aktuelles/News-Details_725824.html)

demokratischen Wahlen gegen das Prinzip der Legitimität verstößt. Alle Bürger/-innen sollten demnach die Möglichkeit haben, über die sie betreffenden Angelegenheiten (z. B. Gesetze, Bauvorhaben, Zusammensetzung der Regierung) mitzuentcheiden oder an den Entscheidungsprozessen mitzuwirken. Dies erst garantiert die Legitimität des staatlichen Handelns. Der Jurist Axel Adrian wirft hierzu gar die Frage auf, warum sich Unter-18-Jährige in Deutschland überhaupt an Gesetze gebunden fühlen sollten, da sie diese nicht selbst durch Wahlen demokratisch (de-)legitimieren können. Selbst wenn man diese Frage für übertrieben hält: Es bleibt nicht von der Hand zu weisen, dass Kinder und Jugendliche durch unser Wahlrecht von Entscheidungen, die substantielle Auswirkungen auf ihr Leben haben, systematisch ausgeschlossen sind. Zum anderen kann man das Prinzip der Nachhaltigkeit zugrunde legen, wonach politische Entscheidungen, die über eine Wahlperiode hinausweisen, grundsätzlich die Interessen nachfolgender Generationen einbeziehen müssen. Dass politische Entscheidungen derzeit größtenteils ohne die Menschen getroffen werden, die besonders lange von ihnen betroffen sein werden (also Kinder und Jugendliche sowie nachfolgende Generationen), ist insbesondere in Zeiten großer klimapolitischer Herausforderungen als problematisch anzusehen: Denn bei solchen Fragen geht es nicht zuletzt um den langfristigen Erhalt unserer aller Lebensgrundlagen.

Wie lässt sich die politische Repräsentation von Jugendlichen stärken?

Die Position junger Menschen ist in der alternden Gesellschaft also zunehmend prekär: Sie tragen zukünftig hohe gesellschaftliche Lasten, haben jedoch kaum politischen Einfluss, zugleich sind sie als Gruppe stark zersplittert, was ihre Position zusätzlich schwächt. Wie lässt sich ihre politische Repräsentation stärken? Ein oft diskutierter Schritt dazu ist die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz, wie es vor der Bundestagswahl 2025 mehrere Parteien forderten. Das wäre keine bloße Symbolpolitik, wie die Geschichte beim Kampf um Frauenrechte zeigt. Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes bezeugt die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, Absatz 2 betont dann aber ausdrücklich die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und leitet daraus eine besondere Förderung ab. Diese Verankerung in der Verfassung begünstigte das Gleichberechtigungsgesetz von 1957. Die Rechte von

Kindern und Jugendlichen in die Verfassung aufzunehmen würde einer expliziten staatlichen Verpflichtung gleichkommen, ihre Perspektiven und Bedürfnisse mitzudenken.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Ideen, um den Interessen junger Menschen in der alternden Gesellschaft mehr Gewicht zu verleihen. So wird eine Absenkung des Wahlalters bei der Bundestagswahl von 18 auf 16 Jahre diskutiert, wie es bereits bei manchen Kommunal- und Landtagswahlen der Fall ist.⁸ Das vielfach vorgetragene Gegenargument der fehlenden politischen Reife konnten die Politologen Thorsten Faas und Arndt Leidinger in einer Untersuchung empirisch nicht bestätigen, vielmehr bewegen sich die politischen Grundeinstellungen von 16- und 17-Jährigen auf einem ähnlichen Niveau wie bei Älteren.⁹ Ein weiterer Vorschlag ist die Gewichtung der Stimmen gemäß der durchschnittlichen Lebenserwartung der Wähler/-innen. Die Stimmen jüngerer Menschen hätten damit deutlich mehr Gewicht als die Stimmen Älterer, sodass auf ihre Interessen mehr Rücksicht genommen würde. Dieser Vorschlag bedeutete jedoch eine Verletzung des Wahlprinzips der Gleichheit, wonach alle Wähler/-innen gleich viele Stimmen haben und alle Stimmen gleich viel wert sind, und ist damit demokratietheoretisch problematisch. Ein anderer jedoch nicht minder problematischer Vorschlag ist das sogenannte Familienwahlrecht.¹⁰ Dabei wird die Stimme eines Elternteils minderjähriger Kinder gemäß der Kinderzahl gewichtet: So hätte eine Mutter von drei Kindern unter 18 Jahren damit nicht nur eine, sondern vier Stimmen, was wiederum gegen das Wahlprinzip der Gleichheit verstößt.

Wie finden Jugendliche gesellschaftlich mehr Gehör?

Neben der Debatte zur Repräsentationsförderung gibt es auch Vorschläge, wie junge Menschen in der alternden Gesellschaft generell mehr Gehör finden können. Die Juristin Henrike von Scheliha hat hierzu den Vorschlag erarbeitet, sogenannte Zukunftsräte zu etablieren.¹¹ Diese bestehen aus jungen Menschen (zum Beispiel zwischen zehn und 35 Jahren), die einem Stadtrat, Kreistag oder Parlament beigeordnet sind. Zukunftsräte haben – ähnlich Bürgerräten – die Aufgabe, u. a. mittels Anhörung von Expertinnen und Experten Stellungnahmen zu anstehenden Entscheidungen zu erarbeiten. Das beschlussfassende Gremium behält seine Entscheidungssouveränität, muss sich aber im Vorfeld der Entscheidung öffentlich zu den Vorschlägen des Zukunftsrats äußern. So wird sichergestellt, dass die Perspektive junger Menschen tatsächlich Gehör findet und Teil politischer Debatten ist.

Alles in allem ist die Position junger Menschen verbesserungswürdig und die Auswirkungen des demografischen Wandels zementieren die Situation zusätzlich. Neben Zukunftsinvestitionen (z. B. in Bildung) braucht es mutige Reformen, beispielsweise im Rentensystem, und einen tatsächlichen Kulturwandel, der die Bedürfnisse und Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt und zum Ausgangspunkt langfristiger wirksamer politischer Entscheidungen nimmt. Vom zeitnahen Gelingen solcher Reformen hängt maßgeblich auch die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft ab.

⁸ Deutscher Bundestag (2024): Kurzmeldungen – Absenkung des Wahlalters für Bundestagswahlen auf 16 Jahre/hib 220. [bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-997548](https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-997548)

⁹ Thorsten Faas, Arndt Leidinger (2020): Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters. otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP41_Wahlalter16.pdf

¹⁰ Rainer Wernsmann: „Das demokratische Prinzip und der demographische Wandel. Brauchen wir ein Familienwahlrecht?“ In: Der Staat 2005/44 (1), S. 43-66.

¹¹ Henrike von Scheliha: Demografie in der Politik – „Wir müssen die junge Generation stärker einbeziehen“. 8.4.2025. zeit.de/politik/2025-03/demografie-politik-junge-menschen-zukunftsrat-gesetzgebung. Ein solches Modell wurde 2017 in Finnland flächendeckend eingeführt: nuva.fi/en/youth-councils/. In Deutschland gibt es einzelne Pilotprojekte: buergerrat-bildung-lernen.de

Wie setze ich die Materialien im Unterricht ein?

von Karen Beecken

Lernziele:

Die Schülerinnen und Schüler

- analysieren anhand von Statistiken und mit Blick auf ihre Herkunftsfamilien die Entwicklung der Altersstruktur der deutschen Gesellschaft,
- beurteilen anhand von Kriterien, ob Kinder und Jugendliche als gesellschaftliche Minderheit eingestuft werden können,
- erläutern mögliche Folgen einer Minderheitenposition von Kindern und Jugendlichen für die Gesellschaft und das politische System,
- kennen verschiedene gesetzliche Grundlagen zum Schutz von Kinderrechten,
- diskutieren bestehende und mögliche neue Beteiligungsformen für junge Menschen und
- bewerten politische Forderungen nach einem Wahlrecht ab 16 Jahren.

Vorab: Die drei Arbeitsblätter stellen sequenziell dar, mit welchen Herausforderungen junge Menschen in Deutschland gegenwärtig konfrontiert sind, inwieweit diese mit dem demografischen Wandel zu tun haben und wie eine stärkere Beteiligung junger Menschen an der Gesellschaft ermöglicht werden kann. Dabei gilt es zu beachten, dass innerhalb der jungen Generation große Unterschiede bestehen (Fragmentierung), was bei der Bearbeitung der einzelnen Arbeitsschritte neben den Generationsunterscheidungen mitgedacht und problematisiert werden sollte. AB 01 und AB 02 beschäftigen sich mit der gesellschaftlichen Position der jungen Generation in einer alternden Gesellschaft bei gleichzeitiger Repräsentationslücke im politischen Willensbildungsprozess. AB 03 greift dieses Spannungsfeld auf, indem es Rechte und Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen thematisiert und die Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre als mögliche weitere Maßnahme angemessener Beteiligung diskutiert.

Zu Aufgabe 2: Demografischer Wandel im ...

Die Frage nach der Anzahl der Geschwister in den jeweiligen Generationen der eigenen Familie dient dazu, sich ausgehend vom persönlichen Lebensbereich, der Lerngruppe oder der Klasse ein erstes Bild von der demografischen Entwicklung über die letzten drei Generationen hinweg zu machen. Bei der Auswertung ist zu beachten, dass die Anzahl der Geschwister der (leiblichen) Eltern durch zwei, die der (leiblichen) Großeltern dann entsprechend durch vier geteilt werden müssen, damit die Zahlen vergleichbar werden. Je nach Zusammensetzung der Lerngruppe kann es hier bereits Befunde geben, die dem allgemeinen Trend entsprechen oder auch nicht. Dies kann im späteren Verlauf aufgegriffen werden, um deutlich zu machen, dass die Lebenswelten auch innerhalb der Generationen unterschiedlich sind. Die Ergebnisse der Klassenumfrage werden in Aufgabe 3 mit der Entwicklung der Geburtenziffer in Beziehung gesetzt. Zu beachten ist, dass die Herkunftsfamilien der Lernenden von gängigen Vorstellungen abweichen können.

Zu Aufgabe 3: Alternde Gesellschaft

zu a) Die Geburtenziffer ist in der Tendenz seit 1950 gesunken: Spätestens mit dem „Pillenknick“ ab Mitte der 1960er Jahre liegt sie in Deutschland bei deutlich unter 2,1 Kindern je Frau. Dieser Wert müsste jedoch erreicht werden, damit die nachfolgende Generation genauso groß ist wie die Müttergeneration. Während die Geburtenziffer in der Bundesrepublik ab Mitte der 1970er Jahre bei etwa 1,4 stagnierte, war sie in der DDR deutlich höher. Ab 2011 stieg die Geburtenziffer leicht an – begünstigt durch familienpolitische Maßnahmen, wirtschaftlichen Aufschwung und Zuwanderung. Die Geburtenrate ausländischer Frauen liegt dabei höher, nähert sich jedoch langfristig dem Wert deutscher Frauen an, wobei Migrantinnen aus Ländern wie Syrien, Irak oder Afghanistan zunächst besonders hohe Geburtenraten aufweisen, die mit der Zeit abnehmen. Die Lernenden können Unterschiede und Ähnlichkeiten zur Klassensituation (Aufgabe 2) herausarbeiten.

zu b) Neben der Geburtenrate hat auch die Zuwanderung einen großen Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung. Dabei ist stets das Verhältnis zwischen Zu- und Abwanderung zu beachten: Übersteigen die Zuzüge aus dem Ausland

AB 01 Wer sind wir – und wenn ja, wie viele?

Zu Aufgabe 1: „Die junge Generation steht unter ...

Anhand von Memes und Schlagzeilen soll eine erste Reflexion dahingehend erfolgen, mit welchen Herausforderungen die eigene Altersgruppe gegenwärtig konfrontiert ist. Gleichzeitig betreffen die Themen aber auch andere Altersgruppen, für die Betroffenheit spielen zudem altersunabhängige Faktoren häufig eine größere Rolle. So ist beispielsweise die Wohnungsnot in Städten ein größeres Problem als in ländlichen Regionen. Dies sollte im Unterricht thematisiert werden, um zu verdeutlichen, dass die Lebenswelten auch innerhalb der Generationen sehr unterschiedlich sein können. Lösungsvorschläge für die ange deuteten Probleme:

- Q1:** unsichere Rentenprognose
- Q2:** Ausrichtung der Politik auf ältere Menschen
- Q3:** Wohnungskrise
- Q4:** psychische Belastung
- Q5:** Folgen des Klimawandels
- Q6:** geringe Bildungsinvestitionen

die Fortzüge ins Ausland, spricht man von einem positiven Wanderungssaldo. Ohne Zuwanderung würde Deutschlands Bevölkerung aufgrund des Geburtendefizits bis 2070 auf etwa 61 Millionen Menschen schrumpfen. Nur durch anhaltend positive Wanderungssalden kann ein solch starker Rückgang der Gesamtbevölkerung abgemildert werden. Der Zuzug von Arbeitskräften wirkt der altersbedingten Belastung der Sozialsysteme entgegen.

zu c) Es lassen sich zahlreiche Bezüge herstellen, zumeist jedoch keine klaren Korrelationen belegen. Die Ausnahme stellt Q1 dar, da die steigende Belastung der Sozialsysteme eine direkte Folge des demografischen Wandels ist. Auch mit Blick auf den Wohnraummangel (Q3) lässt sich eine Korrelation herstellen, da ältere Menschen in Deutschland im Schnitt deutlich mehr Wohnraum zur Verfügung haben als jüngere.

AB
02

Was ist unsere Meinung wert?

Zu Aufgabe 1: Wer bestimmt mit?

60,51 Mio. Menschen waren bei der Bundestagswahl 2025 wahlberechtigt. 13,0 Prozent (7,85 Mio.) aller Wahlberechtigten waren jünger als 30 Jahre alt, während deutlich mehr als die Hälfte (59,1 %, 35,74 Mio.) 50 Jahre und älter waren. 51,4 Prozent (31,13 Mio.) aller Wahlberechtigten waren Frauen. Bei den Wahlberechtigten ab 50 Jahren waren die Frauen in der Mehrheit. In der jüngsten Gruppe der 18- bis 20-Jährigen waren Frauen noch in der Minderheit (48,5 %), in der Gruppe ab 70 Jahren stellten Frauen dagegen 57,1 Prozent der Wahlberechtigten. Betrachtet man die altersmäßige Verteilung der gewählten Abgeordneten, so ergibt sich eine zusätzliche Unterrepräsentanz der Unter-30-Jährigen, die im Bundestag einen Anteil von 5,1 Prozent haben. Dies kann als Zusatzinformation seitens der Lehrkraft eingebracht werden.

zu a) 1: ✓; 2: ✗; 3: ✗; 4: ✓; 5: ✓

zu c) Hintergrundwissen: Bei Landtagswahlen darf nach aktuellem Stand in sechs Bundesländern ab 16 gewählt werden darf, bei Kommunalwahlen sogar in neun Bundesländern.

Zu Aufgabe 2: Die Politik und wir

Aus den Arbeitsergebnissen der Aufgabe 1 stellen sich Fragen, wie junge Menschen diesen Missverhältnissen gegenüberstehen, insbesondere, was ihre Beteiligung bei Wahlen angeht, aber auch, wie die Gesellschaft insgesamt die Interessen von jungen Menschen wahrnimmt und integriert.

zu a) bis c) Im Sinne der Methode Think-Pair-Share sollen die Lernenden mit Hilfe der Aussagen zunächst in Einzelarbeit zu einer ersten Beurteilung gelangen, inwiefern den Interessen von jungen Menschen in der alternden Gesellschaft ausreichend Rechnung getragen wird („Think“). Im zweiten Schritt können sich die Lernenden mit einem Partner ihrer Wahl über ihre Gedankengänge austauschen („Pair“). Die Reflexionsphase schließt mit einem schriftlichen Statement ab, auf das in der anschließenden Diskussion im Plenum zurückgegriffen werden kann („Share“).

zu d) Zusätzlich zu den Aussagen bietet das Video von fluter.de weitere Positionen an, die in der Lerngruppe diskutiert werden können, darunter z. B. die Unterrepräsentation in politischen Entscheidungsgremien und Themen, die insbesondere Jugendliche betreffen wie z. B. Bildung und Klimaschutz, aber auch Kritik daran, dass sich Jugendliche nicht aktiv genug beteiligen. Das Beispiel der Jugendlichen soll die Lernenden dazu ermutigen, ihre persönlichen Einschätzungen im Plenum zu vertreten und mit weiteren Argumenten aus dem Video zu stützen.

Zu Aufgabe 3: Wo spielen unsere Interessen eine Rolle?

Das unmittelbare Umfeld spielt eine wichtige Rolle für die persönliche Lebenszufriedenheit Jugendlicher und das Gefühl der Akzeptanz durch die Gesellschaft. Daher bietet es sich an, dieses nach verschiedenen Kriterien (z. B. Zugangsmöglichkeiten, Zustand und Breite des Angebots, Bedarfsgerechtigkeit) genauer zu untersuchen und entsprechende Orte zu erkunden. Je nach zeitlichen und organisatorischen Ressourcen kann dies Ausgangspunkt für eigene politische Initiativen werden, innerhalb der Schule, gegenüber dem Schulträger oder weiteren kommunalen Entscheidungsgremien. Ein Teil der Gruppe könnte parallel recherchieren, welche Ansprechpartner in der Gemeinde oder im Stadtteil existieren, um die Interessen und Bedarfe, die sich aus der Dokumentation ergeben, zu artikulieren.

AB
03

Rechte haben, mitreden, mitbestimmen

Zu Aufgabe 1: Rechte von Kindern und Jugendlichen

zu a) Mit Hilfe der Textpassagen aus unterschiedlichen Gesetzestexten erschließen die Lernenden, welche Beteiligungsrechte ihnen zustehen und welche Mitgestaltungsrechte sich daraus ergeben.

Erklärungen und Lösungsvorschläge:

Aussage	Bedeutung	Beispiel
1. Kinder haben ein Recht, ihre Meinung zu äußern.	Gleichstellung mit Erwachsenen bezüglich der Meinungsfreiheit, aber auch Pflicht zur Beteiligung bei Entscheidungen, die junge Menschen betreffen	sich mitteilen durch Sprechen, Schreiben, Malen usw.; kindgerechte Informationen in Massenmedien; Einbeziehung bei Entscheidungen in der Familie oder Schule
2. Kinder und Jugendliche sind an Entscheidungen der Jugendhilfe zu beteiligen.	Bei Entscheidungen, die den jungen Menschen betreffen, muss er gehört und seine Meinung berücksichtigt werden.	Lebensmittelpunkt bei Trennung der Eltern, Hilfen zur Erziehung, Unterbringung in einer Pflegefamilie/ Wohngruppe
3. Gemeinden müssen bei der Stadtplanung die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen.	Gemeinden müssen darauf achten, dass junge Menschen sicher leben, sich bewegen und entfalten können.	Planung von Freizeitorten (z. B. Skateanlagen), Aufenthaltsorte für junge Menschen, verkehrssichere Schul- und Radwege

zu b) Es ist gegebenenfalls zu beachten, dass einzelne Lernende von Scheidungen der Eltern o. ä. betroffen sein können und die Frage nicht beantworten möchten.

zu c) Das Format Social-Media-Beitrag bietet den Vorteil, sehr knapp eine begründete Stellungnahme abzugeben. Alternativ können die Lernenden auch ein Meme erstellen.

Zu Aufgabe 2: Wie beteiligst du dich?

Die Statements zur Umfrage in der Lerngruppe sind angelehnt an Fragen aus der Shell-Jugendstudie.

zu a) Die anonyme Umfrage ist auch digital durchführbar, so dass sich schnell eine grafische Übersicht darstellen lässt. Dazu gibt es hier eine Vorlage: learningapps.org/display?v=pegj0k9c317

zu b) Laut Shell-Jugendstudie 2024 ist das politische Interesse junger Menschen in Deutschland in den letzten 20 Jahren deutlich gestiegen und erreicht heute den höchsten Stand seit Beginn der 2000er Jahre. Besonders stark nahm es bei den 15-bis-21-Jährigen zu. Auch bei den 12-bis-14-Jährigen hat sich das Interesse seit 2002 verdreifacht. Insgesamt zeigt sich, dass sich Jugendliche und junge Erwachsene heute wesentlich stärker mit politischen Themen auseinandersetzen. Der Vergleich der Ergebnisse der Lerngruppe mit der Kurve der 15-bis-17-Jährigen dürfte die Jugendlichen am meisten ansprechen. Bezüglich der Entwicklungen kann auch thematisiert werden, dass das Interesse mit steigendem Alter stetig zunimmt und sich insbesondere das Politikinteresse der 18-bis-21-Jährigen in den vergangenen Jahren deutlich erhöht hat. Die Lernenden können dafür Annahmen über Gründe geben, wie z. B. die Corona-Pandemie, die anhaltende Klimakrise oder den Ukraine-Krieg. Zum Bild gehört jedoch auch, dass Jugendliche gegenwärtig eine erstaunlich große Offenheit für autoritäre Einstellungen zeigen: So stimmen 44 Prozent von ihnen der Aussage zu, dass „eine starke Hand (...) mal wieder Ordnung in unseren Staat bringen“ müsse.

Zu Aufgabe 3: Welche Beteiligungsmöglichkeiten ...

Mit dieser Aufgabe wird die Perspektive auf Möglichkeiten zu politischer Partizipation geweitet. Zugleich können die Lernenden für sich persönlich definieren, welche Formen der Beteiligung sie für sinnvoll erachten und wo sie sich möglicherweise schon engagieren oder engagieren würden.

zu a) Die Lernenden geben eine Einschätzung von sehr sinnvoll (++) bis nicht sinnvoll (–) ab und begründen ihre Einschätzung stichpunktartig.

Beteiligungsform	mögliche Vor- bzw. Nachteile
über das Zeitgeschehen informieren	+ man kann sich besser einbringen – Informationen sind oft kompliziert aufbereitet
mit anderen über Politik diskutieren	+ man bekommt neue Impulse, Schärfung der eigenen Meinung/Argumente – andere Meinungen/Argumente können zunächst verunsichern
eine Behauptung überprüfen	+ hilft u. a. dabei, Desinformationen zu entlarven – oft aufwendig
die Gemeinde/Stadt anschreiben	+ „direkter Draht“ zu Entscheidungsträgern vor Ort – man erhält nicht immer eine Reaktion
Flyer in der Fußgängerzone verteilen	+ man erreicht viele Menschen und kann persönlich mit ihnen ins Gespräch kommen – viele haben kein Interesse

Beteiligungsform	mögliche Vor- bzw. Nachteile
eine Demo organisieren	+ öffentliche Aufmerksamkeit für ein Thema – hoher organisatorischer Aufwand und Risiko, dass nur wenige Teilnehmende kommen
auf ein Thema aufmerksam machen	+ in Sozialen Medien große Reichweite möglich – Beiträge gehen in der Masse schnell unter oder werden nicht ernst genommen
eine Online-Petition teilen/starten	+ niedrige Einstiegshürde, viele Menschen können einfach teilnehmen und Unterstützung zeigen – politische Entscheidungsträger reagieren nicht immer auf Online-Petitionen
in eine Partei eintreten	+ Möglichkeit, politische Entscheidungen aktiv mitzugestalten und Ämter zu übernehmen – langsame Entscheidungsprozesse und parteiinterne Konflikte können frustrieren
digitale Tools nutzen (z. B. adhocracy+)	+ man kann Ideen und Vorschläge einbringen und an Entscheidungsprozessen teilnehmen – Beteiligung bleibt oft abstrakt, Ergebnisse sind nicht immer verbindlich
bei Beteiligungsprojekten mitmachen	+ man kann konkret an der Gestaltung der eigenen Gemeinde mitwirken – Ergebnisse sind, wenn überhaupt, nur eine Richtschnur für die endgültigen Entscheidungen

Zu Aufgabe 4: Alles schön und gut, aber wann ...

Um das Wahlrecht bei Bundestagswahlen auf 16 Jahre herabzusetzen, müsste das Grundgesetz geändert werden. Die Diskussion hierzu soll von den Lernenden nachvollzogen werden und in einer persönlichen Positionierung münden.

zu a) Zunächst vollziehen die Lernenden Argumente von Jugendlichen nach, die für die Sinus-Jugendstudie 2024 befragt wurden. Bei der Studie handelt es sich um eine qualitative Erhebung, bei der alle vier Jahre mit Hilfe von mehrstündigen Einzelexplorationen die Lebenswelten der 14-bis-17-Jährigen untersucht werden. In diesem Arbeitsschritt ordnen die Lernenden die Argumente der Pro- bzw. Kontra-Seite zu und bewerten sie.

Lösungsvorschläge:

Q5: ✓; Q6: ✗; Q7: ✗; Q8: ✓; Q9: ✗; Q10: ✓; Q11: ✓; Q12: ✗

zu c) Im nächsten Schritt sollen die Lernenden eine eigene begründete Position entwickeln. Weitere mögliche Argumente:

Pro-Argumente	Kontra-Argumente
Politische Informiertheit hat wenig mit dem Alter zu tun.	Wahlalter und Volljährigkeit würden damit voneinander entkoppelt.
Die Identifikation mit der Demokratie kann erhöht werden.	Jugendliche fühlen sich möglicherweise überfordert, weil sie nicht genug wissen, und gehen nicht wählen.
So könnte die Generationengerechtigkeit gestärkt werden.	Folgerichtig müsste auch das passive Wahlrecht gesenkt werden – dies wird aber derzeit von niemandem gefordert.

zu d) Die Positionslinie im Unterrichtsraum sollte lang genug sein, sodass sich die Lerngruppe differenziert positionieren kann. Die anschließende Diskussion im Plenum kann mit einer neuerlichen Positionierung enden: Haben bestimmte Argumente bewirkt, dass man sich nun woanders positioniert?

Wer sind wir – und wenn ja, wie viele?

In einer alternden Gesellschaft werden Kinder und Jugendliche zahlenmäßig zur Minderheit.

1 „Die junge Generation steht unter enormem Druck ...

... und bleibt dennoch bemerkenswert hoffnungsvoll.“ Das ist das Fazit der Studie „Jugend in Deutschland 2025“.

a) Betrachte die Memes und Schlagzeilen Q1–Q6. Überlege, welche Probleme diese ansprechen. Vermerke dazu je ein Stichwort.



Q2 „Politik in Deutschland wird von Alten für Alte gemacht“

Die Welt, 8.10.2023

Q3 Endlich eine Wohnung, die ich mir leisten kann.



Q5 Wenn wir in 20 Jahren merken, dass wir beim Klimaschutz versagt haben, aber versuchen das Beste draus zu machen



Q4 „Starke seelische Belastung unter jungen Menschen“

Deutsches Ärzteblatt, 29.4.2024

Q6 „Deutschland investiert unterdurchschnittlich in Bildung“

Forschung und Lehre, 28.5.2025

b) Vergleicht eure Stichworte im Plenum und diskutiert: Welche Altersgruppen sind jeweils am meisten davon betroffen?

c) Wie steht ihr zum Fazit der Studie, fühlt ihr euch davon angesprochen? Diskutiert.

2 Demografischer Wandel im Klassenzimmer?

Die Entwicklung der Altersstruktur unserer Gesellschaft nennt sich *demografischer Wandel*. Wie zeigt er sich in eurer Klasse?

a) Notiere in der Tabelle, wie viele Geschwister du hast und wie viele deine Eltern und deine Großeltern insgesamt haben/hatten. ...ich selbst ...meine Eltern (/2)...meine Großeltern (/4)

	So viele Geschwister habe(n)/hatte(n)...		
Gesamtzahl in der Klasse			

b) Zählt dann in der Klasse eure Ergebnisse zusammen und vergleicht die Generationen miteinander. Gibt es Unterschiede? Wenn ja, welche?

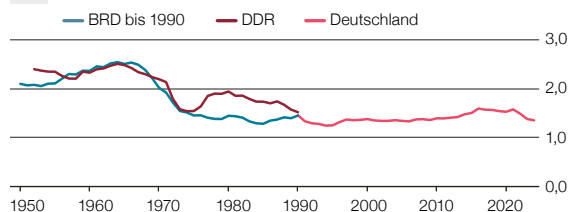
3 Alternde Gesellschaft

Damit eine Generation so groß wie die vorhergehende ist, muss die Geburtenziffer bei 2,1 Kindern pro Frau liegen. Dieser Wert wurde zuletzt in keinem Land der Europäischen Union (EU) erreicht.

a) Beschreibe anhand von Q7, wie sich die Geburtenziffer in Deutschland seit 1950 entwickelt hat. Gibt es Ähnlichkeiten zu der Entwicklung der Geschwisteranzahl in eurer Klasse? Die Geburtenziffer ist seit 1950 ...

Im Vergleich mit unserer Klasse kann man sehen, dass ...

Q7 Geburtenziffer



b) Wie kann dem demografischen Wandel begegnet werden? Überlege zuerst selbst und vergleiche dann mit dem Text (→ QR-Code).



Politische Strategien

c) Betrachtet mit dem Wissen aus dieser Aufgabe noch mal die Memes und Schlagzeilen aus Aufgabe 1. Diskutiert in der Klasse: Was könnten die darin angesprochenen Probleme mit dem demografischen Wandel zu tun haben?

Was ist unsere Meinung wert?

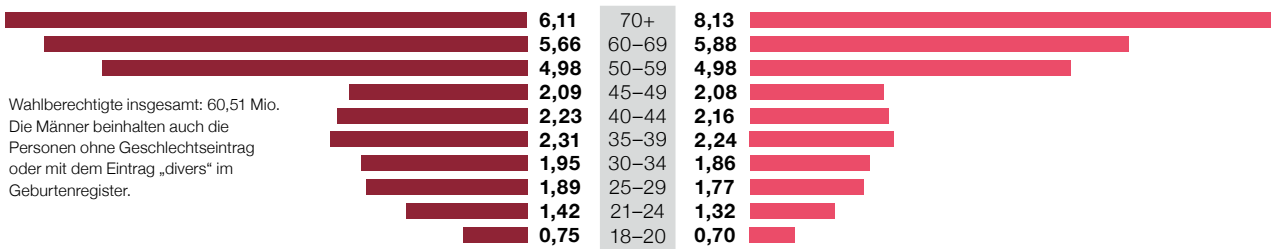
Welche Chancen haben Kinder und Jugendliche, ihre eigenen Interessen einzubringen?

1 Wer bestimmt mit?

Bei Bundestagswahlen sind in Deutschland Menschen ab 18 Jahren wahlberechtigt, bei Landtagswahlen gibt es einige Länder, in denen bereits ab 16 gewählt werden darf.

Q1 Wahlberechtigte nach Geschlecht und Alter (in Millionen, Bundestagswahl 2025; ■ Männer ■ Frauen)

Quelle: Die Bundeswahlleiterin



a) Betrachte das Diagramm Q1 und kreuze an, ob die Aussagen richtig (✓) oder falsch (✗) sind

b) Verfasse ein kurzes Statement zu den Aussagen des Diagramms.

Mein Statement:

Aussage

1. Die Gruppe der Über-60-Jährigen war bei der Bundestagswahl 2025 mehr als doppelt so groß wie die Gruppe der Unter-30-Jährigen.
2. Unter den 18-bis-20-Jährigen stellten Frauen die Mehrheit der Wahlberechtigten.
3. Junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren machten einen ähnlich großen Anteil der Wahlberechtigten aus wie ältere Menschen ab 70 Jahren.
4. Mehr als jede/-r dritte Wahlberechtigte 2025 war 70 Jahre oder älter.
5. Unter den Wahlberechtigten stellten die 18-29-Jährigen rund 14 Prozent.

✓ ✗

c) Diskutiert: Findet ihr es gerecht, dass bei Landtagswahlen in manchen Bundesländern bereits ab 16 gewählt werden darf?

2 Die Politik und wir

Manche sprechen bei jungen Menschen von einer „gesellschaftlichen Minderheit“ oder einer „vergessenen Generation“.

a) Kreuze an, ob du den folgenden Aussagen voll (++), eher (+), eher weniger (-) oder gar nicht (--) zustimmst oder ob du unentschieden bist (?).

b) Stellt euch zu zweit eure Wertung vor und diskutiert die Ergebnisse. Wo habt ihr Gemeinsamkeiten, wo Abweichungen?

Aussage

1. Ob ich wählen gehe oder nicht, macht keinen Unterschied, da man als junger Mensch eh in der Minderheit ist.
2. Entscheidungen, die heute in der Politik getroffen werden, werden unser ganzes Leben prägen, aber wir dürfen erst ab 16 oder 18 Jahren darüber mitabstimmen.
3. Auch unsere Eltern können nicht viel bei Wahlen bewirken, denn auch sie sind gegenüber den noch Älteren mittlerweile in der Minderheit.
4. So wie jüngere Menschen nicht nur ihre Interessen vertreten, vertreten auch ältere nicht nur ihre eigenen, sondern auch die Interessen ihrer Kinder oder Enkel.
5. Die junge Generation gibt es so nicht – ihre Mitglieder sind so unterschiedlich mit ihrem Hintergrund, ihren Interessen und auch in ihren Chancen (Bildung, Geld), dass ihre Belange in der Gesellschaft kaum gehört werden.

Meine Wertung

++ + ? - --

c) Geht die Politik genug auf die Interessen junger Menschen ein? Kreuze an und begründe deine Meinung kurz und knapp:

☐ Eher ja / ☐ Eher nein, denn

d) Vergessene Generation? Schaut euch das Video „16 aus 16“ (→ QR-Code) an und diskutiert, welchen Aussagen ihr zustimmt und welche ihr eher kritisch seht.

16 aus 16



3 Wo spielen unsere Interessen eine Rolle?

Erkundet in Kleingruppen die unmittelbare Umgebung eurer Schule. Untersucht verschiedene Aspekte, z. B. Verkehrssicherheit, Mobilität, außerschulische Angebote für Kinder und Jugendliche, Sporthallen, Sportplätze, Spielplätze, Skateparks, sichere Treffpunkte, öffentliche Bibliothek usw. Dokumentiert eure Ergebnisse mit Fotos auf einer Extraseite und beschreibt, welchen Handlungsbedarf ihr seht.



Skatepark in Bielefeld

Rechte haben, mitreden, mitbestimmen

Wie können Kinder und Jugendliche ihre Interessen (besser) einbringen?

1 Rechte von Kindern und Jugendlichen

Während das Grundgesetz keine Rechte für Kinder und Jugendliche kennt, finden sich solche in anderen Gesetzen wieder.

Q1 „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“
UN-Kinderrechtskonvention Artikel 12 Abs. 1

Q2 „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.“
Sozialgesetzbuch VIII § 8

Q3 „Bei der Aufstellung der Bauleitpläne [durch die Gemeinden] sind insbesondere zu berücksichtigen: (...) die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen.“
Baugesetzbuch § 1

a) Lies die Gesetzestexte Q1–Q3. Überlege dir mit ihrer Hilfe je ein Beispiel zu den Aussagen in der Tabelle.

Aussage	Beispiel
1. Kinder haben ein Recht, ihre Meinung zu äußern.	
2. Kinder und Jugendliche sind an den Entscheidungen der Jugendhilfe zu beteiligen.	
3. Gemeinden müssen bei der Stadtplanung die Bedürfnisse junger Menschen berücksichtigen.	

b) Hast du persönlich schon einmal von diesen oder anderen Beteiligungsrechten profitiert? Erläutere.

c) Manche fordern, die Rechte von Kindern und Jugendlichen ins Grundgesetz aufzunehmen. Wie stehst du dazu? Verfasse ein kurzes Social-Media-Posting zu der Frage. Stellt euch die Postings gegenseitig vor.

Senden

2 Wie beteiligst du dich?

Immer mehr Jugendliche informieren sich aktiv über Politik und sind bereit, sich politisch zu engagieren.

a) Wie sieht es in eurer Klasse aus? Beantworte zunächst für dich selbst folgende Fragen aus der „Shell-Jugendstudie 2024“.

1. Ganz allgemein an Politik bin ich ...
☐ stark interessiert
☐ interessiert
☐ wenig interessiert
☐ gar nicht interessiert

Begründung:

2. Für mich persönlich ist es wichtig mich politisch zu engagieren.
☐ wichtig
☐ mal so, mal so
☐ unwichtig

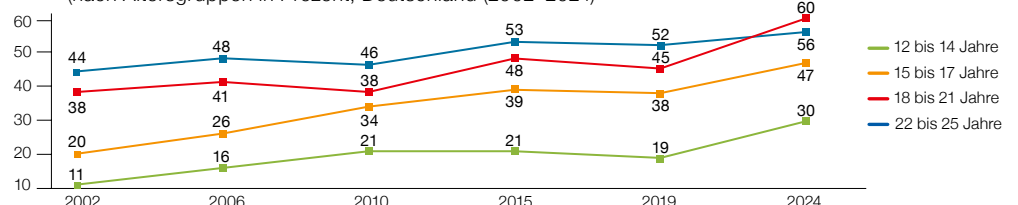
Begründung:

3. Ich informiere mich aktiv über das, was in der Politik passiert.
☐ täglich
☐ mehrmals in der Woche
☐ ab und zu
☐ gar nicht

Begründung:

b) Tragt nun möglichst anonym (per App, Zettel ...) zusammen, wie häufig welche Antworten in eurer Klasse vorkommen, und vergleicht mit den Studienergebnissen (→ Q4). Welche Entwicklungen lassen sich noch aus Q4 ablesen?

Q4 Anteile 12- bis 25-Jähriger, die angeben, sich allgemein sehr für Politik zu interessieren (nach Altersgruppen in Prozent, Deutschland (2002–2024))



Quelle: Albert et al. (Hg.) (2024): Jugend 2024. 19. Shell Jugendstudie.

3 Welche Beteiligungsmöglichkeiten gibt es?

a) In der Tabelle siehst du verschiedene Möglichkeiten, wie du dich politisch engagieren kannst. Bewerte, ob du die Möglichkeiten als sehr (++) oder ein bisschen (+) bzw. als weniger (-) oder gar nicht (--) zielführend einschätzt, oder du eher unentschieden bist (?). Begründe deine Entscheidung stichpunktartig.

	Meine Wertung					Begründung
	++	+	?	-	--	
über das Zeitgeschehen informieren						
mit anderen über Politik diskutieren						
eine Behauptung überprüfen						
die Gemeinde/Stadt anschreiben						
Flyer in der Fußgängerzone verteilen						
eine Demo organisieren						
auf ein Thema aufmerksam machen						
eine Online-Petition teilen/starten						
in eine Partei eintreten						
digitale Tools nutzen (z.B. adhocracy+)						
bei Beteiligungsprojekten mitmachen						

b) Schaut euch nochmal die Ergebnisse eurer Erkundungstour (→ AB 02, Aufgabe 3) an. Welche der aufgeführten Möglichkeiten könnten euch dabei helfen, den von euch erkannten Handlungsbedarf anzugehen?

4 Alles schön und gut, aber wann kann ich endlich wählen?

Manche Jugendverbände fordern die Absenkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen von 18 auf 16 Jahre.

a) Lies die folgenden Aussagen von Jugendlichen aus der „SINUS-Jugendstudie 2024“ und markiere jeweils, ob es sich um ein Argument für (✓) oder gegen (✗) eine Absenkung des Wahlalters handelt.

b) Bewerte die Aussagen (++/+/?/-/--).

c) Entscheide dich und finde mindestens ein weiteres Argument. Du kannst dir dazu das Video „Wählen mit 16?“ (→ QR-Code) anschauen. Verfasse eine kurze Stellungnahme:



Bei Bundestagswahlen sollte das Wahlrecht

- ☐ auf 16 Jahre abgesenkt werden /
☐ nicht auf 16 Jahre abgesenkt werden, denn

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

d) Stellt euch im Klassenraum auf einer Positionslinie auf und begründet eure jeweilige Position.

Q5 „Würde ich gut finden. Dann würde man auch bisschen mehr die jüngere Seite sehen. Dann würde es ein bisschen mehr Demokratie geben. Also damit auch die anderen was zu sagen haben, nicht nur die Größeren.“

Q6 „Schwierig. An sich finde ich es schon sinnvoll, weil man ja vor allem diese jüngeren Leute braucht, die eine neue Denkweise haben, die was verändern wollen und nicht in dieser konservativen Schiene drinbleiben. Aber es gibt halt auch viele Leute, vor allem Jugendliche, die sich damit nicht wirklich beschäftigen und dann halt einfach irgendwas wählt.“

Q7 „Mit 16 sind sie noch Kinder. Die haben noch nicht die Reife, dass die wählen.“

Q8 „Das ist ja, dass man alle vier Jahre wählt. Wenn du jetzt 16 bist, und dann betrifft dich das schon zwei Jahre als Erwachsener, wo du nicht wählen durftest. Wenn jetzt jemand wählt, der 88 ist und der stirbt ein Jahr später, dann hat das ja auf ihn weniger Impact wie jetzt auf jemanden, der ja die Zukunft des Lands oder der Gemeinde ist.“

Q9 „Ich glaube, mit den sozialen Medien würden jüngere Leute das vielleicht eher so als Spaß nehmen und vielleicht irgendwie solche Wetten machen und dann Leute wählen, die sie eigentlich als schlecht empfinden.“

Q10 „Eigentlich finde ich das ein Schritt in die richtige Richtung, weil, vor allem die Umwelt und das Klima betrifft ja die neue Generation.“

Q11 „Also ich finde es gut. Man kann ja auch in dem Alter schon eine Meinung haben. Man kann auch mit 16 schon total reif sein. Und man kann auch mit 20 total unreif sein.“

Q12 „Das ist schlecht, weil sie sich dann manchmal von den Eltern manipulieren lassen und weil sie dann auch zu deren Meinung gezwungen werden.“

	Pro	Kontra	Meine Wertung					
	✓	✗	++	+	?	-	--	
Q5								
Q6								
Q7								
Q8								
Q9								
Q10								
Q11								
Q12								

Demografischer Wandel, Generationen, Jugend, Jugendbeteiligung, Kinderrechte

bpb Angebote der bpb

Aladin El-Mafaalani et al. (2025):
**Kinder – Minderheit ohne Schutz
Aufwachsen in der alternden Gesellschaft**
Bestell-Nr. 11228 | bpb.de/573400

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Jugend 2025
Nr. 36-37/2025 | bpb.de/570137

Aus Politik und Zeitgeschichte:
Generationen
Nr. 52-53/2020 | bpb.de/324500

Marc Calmbach et al. (2024):
**Wie ticken Jugendliche? SINUS-
Jugendstudie 2024 Lebenswelten
von Jugendlichen im Alter von
14 bis 17 Jahren in Deutschland**
Bestell-Nr. 11133 | bpb.de/549130

Online-Dossier (2017):
Demografischer Wandel
bpb.de/195283

Lennart Elias-Seimetz (2025):
**Total überfordert, total kaputt,
total wichtig – Wie Schule sein sollte
und was Ihr dafür tun müsst**
Bestell-Nr. 11176 | bpb.de/561786

Informationen zur politischen Bildung (2022):
Demografischer Wandel
Bestell-Nr. 4350 | bpb.de/507782

Nathalie Klüver (2023):
**Deutschland, ein kinderfeindliches Land?
Worunter Familien leiden und
was sich ändern muss**
Bestell-Nr. 10997 | bpb.de/522280

Netzdebatte:
Umfrage: Wählen ab 16
bpb.de/256713
Video mit Meinungen zur Frage, ob das
Wahlrecht in Deutschland auf 16 Jahre
abgesenkt werden sollte (5 min)

Christoph Schickhardt (2025):
**Nicht systemrelevant – Eine
Aufarbeitung der Corona-Politik
aus kinderethischer Sicht**
Bestell-Nr. 11192 | bpb.de/560140

Veranstaltungsreihe:
Jugenddemokratiepreis
bpb.de/288726
Auszeichnung für junge Menschen, die sich
in herausragender Weise für die Demokratie
einsetzen; über die Vergabe des Preises
wird von einer Jugendjury entschieden

Wettbewerb:
Schülerwettbewerb zur politischen Bildung
Jährlicher Wettbewerb für Schulklassen
ab Jahrgangsstufe 4



Zur Vertiefung

Montag Stiftung Denkwerkstatt:
Bürgerrat Bildung und Lernen
buergerrat-bildung-lernen.de/
Überblicksseite zum bundesweit aktiven
Bürgerrat Bildung und Lernen, bei dem mehr
als 700 zufällig ausgewählte Bürger/-innen
– darunter auch Kinder und Jugendliche –
gemeinsam Empfehlungen für eine gerechte
und zukunftsorientierte Bildung in Deutschland
erarbeitet haben

Statistisches Bundesamt (2025):
Demografischer Wandel in Deutschland
[https://www.destatis.de/DE/Themen/
Querschnitt/Demografischer-Wandel/
_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html)
Übersichtsseite mit Zahlen und Fakten rund
um den demografischen Wandel in Deutsch-
land, Hintergründen und Auswirkungen

Weitere aktuelle Jugendstudien:

Shell (2024):
Jugendstudie 2024
[shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-
jugendstudie-2024.html](https://shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024.html)

Simon Schnetzer et al. (2025):
Jugend in Deutschland 2025
[simon-schnetzer.com/jugendstudien/jugend-
in-deutschland-2025](https://simon-schnetzer.com/jugendstudien/jugend-in-deutschland-2025)

TUI-Stiftung (2025):
Junges Europa 2025
[tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-
europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung/
jugendstudie-2025/](https://tui-stiftung.de/unsere-projekte/junges-europa-die-jugendstudie-der-tui-stiftung/jugendstudie-2025/)



Für den Unterricht

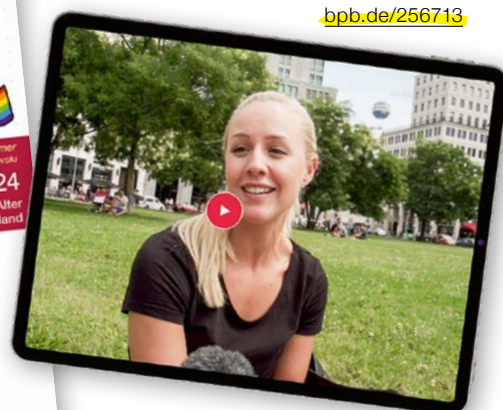
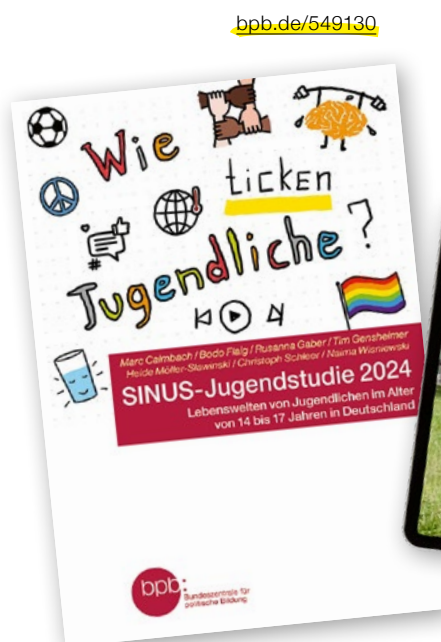
Deutsche Kinder- und Jugendstiftung/DKJS
(2024):
**Praxisportal für Kinder- und
Jugendbeteiligung**
starkimland.de
Methoden, Materialien und Beispiele für Betei-
ligungsprojekte

Raabe-Verlag (2021):
**Jugendbeteiligung in der Politik – So können
sich Jugendliche engagieren**
[raabe.de/p/jugendbeteiligung-in-der-politik-
R0161-210302](https://raabe.de/p/jugendbeteiligung-in-der-politik-R0161-210302)
Material für die Sekundarstufe I (kostenpflichtig)

Raabe-Verlag (2025):
**Demografischer Wandel – Herausforderun-
gen und Chancen**
[raabe.de/p/demografischer-wandel-
R0153-250502](https://raabe.de/p/demografischer-wandel-R0153-250502)
Material für die Sekundarstufe I (kostenpflichtig)

SpiegelEd:
Wie wird Deutschland gerechter?
[ed.spiegel.de/unterrichtsmaterial/wie-wird-
deutschland-gerechter-unterrichtseinheit-zum-
thema-gerechtigkeit-ab-klasse-11](https://ed.spiegel.de/unterrichtsmaterial/wie-wird-deutschland-gerechter-unterrichtseinheit-zum-thema-gerechtigkeit-ab-klasse-11)
Material für die Sekundarstufe II zum Thema
Generationengerechtigkeit

Zeit für die Schule (2020):
„OK, Boomer!“ – Die Generationen streiten
[zeitfuerschule.de/materialien/arbeitsblatt/
ok-boomer-die-generationen-streiten/](https://zeitfuerschule.de/materialien/arbeitsblatt/ok-boomer-die-generationen-streiten/)
Material für die Sekundarstufe II zum Thema
Generationenkonflikte



Wer, wie, was ...



... wieso, weshalb, warum? Den Nahostkonflikt besser verstehen

Zeitleiste als Poster für den Klassenraum – mit Arbeitsblätter und Hinweisen für den Unterricht: Jetzt kostenlos bestellen oder herunterladen.



bpb.de/falter

Zuletzt erschienene Themenblätter:

Autoritäre Politik | 145 | Bestell-Nr. 5730

Vergessene Jugend? | 144 | Bestell-Nr. 5729

Meinungsfreiheit | 143 | Bestell-Nr. 5728

Gewalt gegen Frauen und Mädchen | 142 | Bestell-Nr. 5727

Bundestagswahlen | Extra | Bestell-Nr. 5781

Pflichtdienst für alle? | 141 | Bestell-Nr. 5726

Einsam in Gesellschaft | 140 | Bestell-Nr. 5725

Islamismus | 139 | Bestell-Nr. 5724

Quelle: Künstliche Intelligenz? | 138 | Bestell-Nr. 5723

Kompromisse machen | 137 | Bestell-Nr. 5722

Schwangerschaftsabbruch | 136 | Bestell-Nr. 5721

Ausgebremst? Zukunft der Mobilität | 135 | Bestell-Nr. 5720

Soziale Gerechtigkeit | 134 | Bestell-Nr. 5429

Globalisierung am Limit | 133 | Bestell-Nr. 5428

Pflegenotstand | 132 | Bestell-Nr. 5427

Sicherheit neu denken? | 131 | Bestell-Nr. 5426

Wohnen in der Krise | 130 | Bestell-Nr. 5425

Sport und Politik | 129 | Bestell-Nr. 5424

Meilensteine der deutschen Einheit | 83 | Bestell-Nr. 5976

Alle Ausgaben online als PDF abrufbar



Alle Arbeitsblätter sind zudem als ausfüllbare PDF- sowie als veränderbare ODT-Dateien abrufbar



Bestellen, herunterladen, abonnieren, feedbacken

- Gedruckte Ausgaben kostenlos bestellen und als PDF oder ODT abrufen unter: bpb.de/themenblaetter
- Gedruckte Ausgaben kostenlos abonnieren oder bestehendes Abo ändern unter: bpb.de/550366
- Feedback geben unter: umfrage.bpb.de